



**JO LEINEN**

Mitglied des Europäischen Parlaments

## **P R E S S E E R K L Ä R U N G**

**Straßburg, 9. Juli 2015**

EP/Kreislaufwirtschaft

### **Neues Wirtschaftsmodell fördert Wachstum und Innovation Europäisches Parlament legt Position zu Kreislaufwirtschaft fest**

Weltweit werden Rohstoffe knapp und immer teurer. Zugleich produzieren wir mehr Abfall denn je. Die verschwenderische Nutzung der Ressourcen schadet nicht nur der Umwelt, sondern stellt obendrein ein wirtschaftliches Risiko dar. Das Modell der Zukunft ist die Kreislaufwirtschaft, in der Produkte langlebig, reparierbar und recycelbar sind. Das europäische Parlament legt dazu am Donnerstag in einem Initiativbericht seine Position fest.

Schluss mit dem leidigen Thema der Obsoleszenz", fordert **Jo LEINEN**, SPD-Europaabgeordneter und Mitglied des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, anlässlich der Abstimmung über eine Resolution zur Kreislaufwirtschaft. "Die Wegwerfgesellschaft, in der viele Produkte nach einmaliger Nutzung in der Mülltonne landen, muss endlich ein Ende haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Hersteller Sollbruchstellen und Verschleißteile in die Produkte einbauen, um die Verbraucher kurz nach Ablauf der Garantie zum Neukauf zu zwingen", kritisiert **Jo LEINEN**. Standards für Reparierbarkeit, Anforderungen an Ressourceneffizienz und eine längere Garantiedauer gehören auf die Tagesordnung der EU-Umweltpolitik in den nächsten Jahren.

Zwei Millionen Arbeitsplätze können so laut Kommissionsschätzung geschaffen werden - außerdem könnten europäische Unternehmen bis zu 465 Milliarden jährlich an Materialkosten einsparen.

„Ohne ambitionierte Ziele für eine effizientere Nutzung von Rohstoffen werden wir die Ökosysteme weiter schädigen und die Wirtschaft nicht zukunftsfähig gestalten. Die Europäische Kommission soll im Herbst ein verbindliches Ziel von 30 Prozent bis 2030 zur Steigerung der Ressourceneffizienz vorlegen“, kommentiert **Jo LEINEN** die verabschiedeten Empfehlungen für das weitere Vorgehen auf EU-Ebene.

Der Initiativbericht fordert die Kommission ebenfalls dazu auf, in ihren Gesetzesvorschlägen verbindliche Zielwerte für die Reduktion von Siedlungs- und industriellem Müll für 2025 sowie ein verbindliches Deponieverbot festzulegen.